

Beilage zu Nummer 6 der Volksstimme.

Samstag den 8. Januar 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 8. Januar 1916.

Zur Stadtverordneten-Versammlung.

Die Tagesordnung der ersten Sitzung der Stadtverordneten im dritten Kriegsjahre hat nichts Besonderes. Die Beschlüsse waren meist formaler Natur — abgesehen von der Vorlage der Erhöhung der Sätze des Armenentwerfs. Nachdem die Sätze im vorigen Jahre erhöht worden sind, sah man im Magistrat die Notwendigkeit einer weiteren Erhöhung um 10 Prozent ein. Die neuen Sätze stellen sich nun wie folgt: 6.05 Mark wöchentlich für den Ehemann, 3.85 Mark für die Frau und 2.75 Mark resp. 2.30 Mark für Kinder. Da die Erhöhung ausreichend sei, wagt auch der Magistrat nicht zu behaupten. Schon jahrelang kämpfte die kleine sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion für eine ausreichende Erhöhung und stets wurde sie mit Scheingründen abgewiesen. Der Druck der Verhältnisse hat auch hier etwas Wandel geschaffen, aber was ist die geringe prozentuale Erhöhung gegenüber den schwindelnd hoch gestiegenen Kosten selbst der erbärmlichsten Lebenshaltung?

Bei der Neueinführung der unter dem Burgfrieden gewählten Stadtverordneten erhielten die Kreise, die auch unter dem Burgfrieden versuchten, die Arbeiterkraft bei der Wahl über sich zu heben, einen dicken Ratenstüber. Der Stadtverordnetenvorsteher konnte dem neuen sozialdemokratischen Stadtverordneten bei seiner Einführung das ehrende Zeugnis ausstellen, daß er während des ganzen Krieges keine Kraft in den Dienst der Stadt stellte, ohne der Verammlung angehört zu haben. Einen solchen Willkommensgruß konnten die übrigen Kreise nicht beantragen. Bei der Wahl des Wahlkreisvorsitzenden erinnerte Genosse Müller daran, daß auch Sozialdemokraten im Stadtparlament sitzen. Da stellte man den Betrieb 5 Minuten ein und setzte an den Tisch des Wahlauschusses ein Stuhl an, um Platz für einen Sozialdemokraten zu schaffen, denn freiwillig aufstehen wollte keiner von den dort sitzenden Herren. So hat auch die kurze Sitzung recht interessante Streiflichter, die sich auch über den Burgfrieden hinaus noch deutlich bemerkbar machen werden.

Stadtverordnetenvorsteher Albrecht eröffnete die erste Sitzung im neuen Jahre mit einer Ansprache, in der er die Hoffnung auf den Frieden im Jahre 1916 aussprach und die Notwendigkeit der fortwährenden Fürsorge für die Krieger und ihre Angehörigen betonte.

Die Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung wurden für gültig erklärt. Einsprüche gegen die Wahlen lagen nicht vor. Von den neu gewählten Stadtverordneten wurden Geschäftsführer A. Bauer (Soz.), Gärtnereibesitzer E. Beder und Handelskammer-Inspektor Schöber eingeführt und vereidigt. Professor Bauer (Str.) und Gölzbecker Walter waren durch ihre Tätigkeit im Reichstag erschienen.

Der Antrag, im neuen Jahre wieder regelmäßige Sitzungen der Stadtverordneten einzuführen, sei es auch nur alle vier Wochen. Die Stadtverordneten könnten sich bei der Einberufung der Sitzungen von Fall zu Fall nicht einrichten.

Oberbürgermeister Gläffing erklärte, daß sehr oft kein Stoff vorhanden sei.

Nach einigen Besprechungen wurde aber der Gegenstand infolge der allgemeinen Interessenlosigkeit resultatlos verlassen.

Ueber die Erhöhung der Sätze des Armenentwerfs berichtete namens des Finanzausschusses Stadtdr. Roth: Die Sätze wurden im vorigen Jahre auf 5.50 Mark für den Ehemann, 3.50 Mark für die Ehefrau, 2.50 resp. 2 Mark für Kinder festgesetzt. Jetzt sollen sie, weil sie unzulänglich sind, um 10 Prozent erhöht werden, was eine Mehrausgabe von 20—25.000 Mark verursacht.

Der Vorlage wurde ohne Debatte zugestimmt.

Bei der Wahl des Wahlauschusses für 1916 erklärte Stadtdr. Phil. Müller (Soz.), daß den Stadtverordneten ein Zettel mit Namen der zu Wählenden vorgelegt worden sei, auf dem man vermerke, von wem der Zettel ausgehe. Die Leute, die ihn angestellt haben, wissen sich nicht, daß es Sozialdemokraten im Stadtparlament gibt. Aus Gerechtigkeitsgründen hätte er, auch die sozialdemokratische Fraktion zu berücksichtigen und den Stadtverordneten Karl Werhardt in den Wahlauschuss zu wählen.

Auf Antrag des Stadtdr. Hartmann (fortsch. Bpt.) wurde die Sitzung auf fünf Minuten vertagt. Nach Wiedereintritt in die

Tagesordnung beantragte Stadtdr. v. d. (fortsch. Bpt.), den Wahlauschuss von sieben auf acht Personen zu vergrößern und Herrn Werhardt neu zuzuwählen.

Oberbürgermeister Gläffing erklärte, daß der Magistrat der Änderung zweifellos zustimmen werde.

Daraufhin wurde der Antrag einstimmig angenommen.

In 1. Ausfüh. wurden gewählt die Stadtverordneten Albrecht, Degenhardt, Phil. Freytag, Werhardt, Hartmann, Hartmann und Siebert. — In die Steuererschätzungs-Kommission wurde an Stelle des Rühlensberger Ringer Stadtdr. Max Müller gewählt.

Ueber eine Nachschliche wurde in geheimer Sitzung Beschluß gefaßt.

Verteuerung des Zuckers in Sicht.

Am 5. d. M. wurde im Reichsamt des Innern eine Konferenz abgehalten, die sich mit dem Rübenanbau und mit der Zuckerverfertigung beschäftigte. Wie aus dem jetzt in Berliner Blättern veröffentlichten Bericht hervorgeht, war der Kern der Verhandlungen die Verteuerung des Zuckers.

Festgestellt wurde, daß die diesjährige Produktion an Zucker auf rund 30 Millionen Zentner Rohzucker gegen 50 bis 55 Mill. Zentner in den Vorjahren zu veranschlagen sei und daß hierdurch 28 Mill. Zentner 1. Prod. zur Verfügung des menschlichen Bedarfs in Frage kämen und 2 Mill. Zentner Rohprodukte der Bezugvereinigung zu Futterzwecken zur Verfügung ständen. Die geringe Produktion ist zurückzuführen auf den Rübenanbau von 32 vom Hundert an Rüben, mäßige Ernten in verschiedenen Provinzen und darauf, daß große Mengen Rüben direkt veräußert bzw. getrocknet sind, um gleichfalls als Viehfutter Verwendung zu finden. — Obige 28 Mill. Zentner mit den am 1. September 1915 aus Kampagne 1914—15 übernommenen Beständen genügen, um den voraussichtlichen Bedarf an Zucker im Reich bis zum Beginn der neuen Kampagne 1916—17 etwa Anfang Oktober d. J. zu decken. Um aber den Bedarf der 1916—17 sicherzustellen und um eventuell auch einige Millionen Zentner Zucker zum Export zur Verfügung zu haben, ist eine wesentliche Ausdehnung des Rübenanbaues im Frühjahr 1916 unbedingt erforderlich. Von allen zugezogenen Sachverständigen wurde einstimmig betont, daß ein Mehranbau von Rüben nur zu erlangen sei, wenn eine bedeutende Erhöhung der Rübenpreise, die in Einklang gebracht werden müssen mit den gestiegenen Getreidepreisen, eintreten könne, und dies sei nur möglich, wenn eine Erhöhung der Zuckerpreise vom 1. September d. J. an gesetzlich festgelegt würde.

Die Vertreter des Vereins der deutschen Zucker-Industrie beantragten, daß der per 1915—16 gültige feste Rübenpreis um 35 Pfa. der Zentner erhöht werden müsse, wozu ein Rübenpreis je nach den verschiedenen Gegenden von 1.25 bis 1.50 Mark je Zentner festgesetzt werden müßte. Dies sei aber auch nur möglich, wenn der Rohzuckerpreis von 12 Mark auf mindestens 15 Mark pro Zentner erhöht würde. Diese Vorschläge fanden die Zustimmung aller Sachverständigen.

Gegenüber dieser geplanten Verteuerung des Zuckers spricht die „Volksst.“ die Hoffnung aus, daß die Regierung den Wünschen der Zuckerindustriellen nicht folgen werde. Bei dem Windergebnis der Rohproduktion um 50 bis 55 Mill. Zentner sei zu berücksichtigen, daß wir in Friedenszeiten 21—22 Mill. Doppelzentner Zucker ausgeführt haben. Wenn auch der Rübenpreis mit den Preisen anderer landwirtschaftlicher Produkte in Einklang gebracht werde, so sei doch die Preissteigerung für Rüben um 35 Pfa. der Zentner von uninteressierten Sachverständigen als übertrieben hoch bezeichnet worden. Vor allem aber müsse man sich gegen die Behauptung wenden, daß die Rübenpreissteigerung auch eine Erhöhung der Rohzuckerpreise und zwar gleich um weitere 25 v. H. bedingen soll. Die im Verlaufe des Krieges bereits eingetretenen Zuckerpreissteigerungen haben den Zuckerfabrikanten im letzten Jahre außerordentliche Kriegsgewinne eingetragen. Der Zucker sei in der Kriegszeit mehr als früher zum Volksnahrungsmittel geworden. Die Regierung werde daher auf daran tun, bei seiner Preiskontrolle die Konsumenteninteressen zu schützen. Es wäre verhängnisvoll, den Zuckerfabrikanten weitere reichliche Kriegsgewinne auf Kosten der Gesamtheit zuzulassen.

Die Vertreter des Vereins der deutschen Zucker-Industrie beantragten, daß der per 1915—16 gültige feste Rübenpreis um 35 Pfa. der Zentner erhöht werden müsse, wozu ein Rübenpreis je nach den verschiedenen Gegenden von 1.25 bis 1.50 Mark je Zentner festgesetzt werden müßte. Dies sei aber auch nur möglich, wenn der Rohzuckerpreis von 12 Mark auf mindestens 15 Mark pro Zentner erhöht würde. Diese Vorschläge fanden die Zustimmung aller Sachverständigen.

Gegenüber dieser geplanten Verteuerung des Zuckers spricht die „Volksst.“ die Hoffnung aus, daß die Regierung den Wünschen der Zuckerindustriellen nicht folgen werde. Bei dem Windergebnis der Rohproduktion um 50 bis 55 Mill. Zentner sei zu berücksichtigen, daß wir in Friedenszeiten 21—22 Mill. Doppelzentner Zucker ausgeführt haben. Wenn auch der Rübenpreis mit den Preisen anderer landwirtschaftlicher Produkte in Einklang gebracht werde, so sei doch die Preissteigerung für Rüben um 35 Pfa. der Zentner von uninteressierten Sachverständigen als übertrieben hoch bezeichnet worden. Vor allem aber müsse man sich gegen die Behauptung wenden, daß die Rübenpreissteigerung auch eine Erhöhung der Rohzuckerpreise und zwar gleich um weitere 25 v. H. bedingen soll. Die im Verlaufe des Krieges bereits eingetretenen Zuckerpreissteigerungen haben den Zuckerfabrikanten im letzten Jahre außerordentliche Kriegsgewinne eingetragen. Der Zucker sei in der Kriegszeit mehr als früher zum Volksnahrungsmittel geworden. Die Regierung werde daher auf daran tun, bei seiner Preiskontrolle die Konsumenteninteressen zu schützen. Es wäre verhängnisvoll, den Zuckerfabrikanten weitere reichliche Kriegsgewinne auf Kosten der Gesamtheit zuzulassen.

Die Vertreter des Vereins der deutschen Zucker-Industrie beantragten, daß der per 1915—16 gültige feste Rübenpreis um 35 Pfa. der Zentner erhöht werden müsse, wozu ein Rübenpreis je nach den verschiedenen Gegenden von 1.25 bis 1.50 Mark je Zentner festgesetzt werden müßte. Dies sei aber auch nur möglich, wenn der Rohzuckerpreis von 12 Mark auf mindestens 15 Mark pro Zentner erhöht würde. Diese Vorschläge fanden die Zustimmung aller Sachverständigen.

Gegenüber dieser geplanten Verteuerung des Zuckers spricht die „Volksst.“ die Hoffnung aus, daß die Regierung den Wünschen der Zuckerindustriellen nicht folgen werde. Bei dem Windergebnis der Rohproduktion um 50 bis 55 Mill. Zentner sei zu berücksichtigen, daß wir in Friedenszeiten 21—22 Mill. Doppelzentner Zucker ausgeführt haben. Wenn auch der Rübenpreis mit den Preisen anderer landwirtschaftlicher Produkte in Einklang gebracht werde, so sei doch die Preissteigerung für Rüben um 35 Pfa. der Zentner von uninteressierten Sachverständigen als übertrieben hoch bezeichnet worden. Vor allem aber müsse man sich gegen die Behauptung wenden, daß die Rübenpreissteigerung auch eine Erhöhung der Rohzuckerpreise und zwar gleich um weitere 25 v. H. bedingen soll. Die im Verlaufe des Krieges bereits eingetretenen Zuckerpreissteigerungen haben den Zuckerfabrikanten im letzten Jahre außerordentliche Kriegsgewinne eingetragen. Der Zucker sei in der Kriegszeit mehr als früher zum Volksnahrungsmittel geworden. Die Regierung werde daher auf daran tun, bei seiner Preiskontrolle die Konsumenteninteressen zu schützen. Es wäre verhängnisvoll, den Zuckerfabrikanten weitere reichliche Kriegsgewinne auf Kosten der Gesamtheit zuzulassen.

Ein mageres Ergebnis.

Der Hauptausschuß des Reichstags hat, gemeinschaftlich mit den Vertretern der Regierung, eine Woche lang die verschiedenen Fragen der Volksernährung beraten. Einige fünfzig Stunden Redezeit sind darauf verwendet worden; ihr Ergebnis hat der Berichterstatter, Graf Helldorf, wie folgt zusammengefaßt:

Es sind ausreichend Vorräte vorhanden, um die Bevölkerung während des Krieges zu ernähren, so lange dieser auch dauern sollte. Besonders wird an den notwendigen Lebensmitteln, Brot, Kartoffeln und Fleisch, ein merklicher Mangel nicht eintreten.

Andererseits können wir mit Sicherheit nicht darauf rechnen, daß wir mehr haben, als wir brauchen. Eine Einschränkung, besonders an Fett und Butter, wird nicht zu umgehen sein. Voraussichtlich, daß wir auskommen, ist auf allen Gebieten Sparsamkeit, gewissenhafte und von verständnisvollem Willen getragene Durchführung der getroffenen Maßnahmen. Einschränkungen des Verbrauchs und Steigerung der Preise müssen bis zu einem gewissen Grad als notwendige Folge des Krieges und der Absperrung in Kauf genommen werden, die unsere Feinde in der Abzucht durchgeführt haben, unser Volk durch Hunger auf die Knie zu zwingen.

Unter diesen Verhältnissen leiden nicht nur die Verbraucher, sondern sie führen auch für die Landwirtschaft, für die verarbeitenden Gewerbe und Handwerksbetriebe, für den Groß- und Kleinhandel eine Fülle von Erschwernissen und wirtschaftlichen Schädigungen herbei.

Darf der bisher getroffenen Maßnahmen ist trotz der größeren Schwierigkeiten, die für Deutschland infolge seiner Abzerrung bestehen, erreicht worden, daß bei uns die Teuerung und die Einschränkung hinter denjenigen in den neutralen und feindlichen Ländern, besonders auch in England, zurückbleiben. (Das ist ein schlechter Trost, Red. d. B.)

Es ist aber die wichtigste innerpolitische Aufgabe, daß die Maßnahmen zur Verlangsamung des Vorrats mit Lebensmitteln und sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs mit dem Ziele der gleichmäßigen und gerechten Verteilung aller vorhandenen Vorräte, die Förderung der Produktion und der Behinderung wucherlicher oder sonst unbedingter Gewinn einzeln rechtzeitig, einheitlich und planvoll getroffen und durchgeführt werden.

Daneben ist es nötig, daß alle Beteiligten, Regierung, Parlamente und Presse an der Spitze, dauernd bemüht bleiben, aufklärend und beruhigend auf die Massen der Bevölkerung einzuwirken und die Kenntnis von den Verhältnissen im Inland und Ausland und von den getroffenen Maßnahmen zu verbreiten.

Die Kommission spricht also die volle Zuversicht aus, daß die Bevölkerung in Deutschland für jede Dauer des Krieges vollkommen sichergestellt und seine wirtschaftliche Kraft ungeschwächt ist. Sie gibt der letzten Lebensversicherung Ausdruck, daß das deutsche Volk durch die unermesslichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Krieges seinen Augenblick in seiner Unerschöpflichkeit beizubehalten kann, den Krieg bis zum letzten Ende durchzuführen. Auf allen Seiten, bei den verbündeten Regierungen, den einzelnen Parteien und Berufsständen ist der gute und eheliche Wille vorhanden, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in gemeinsamer Arbeit und pflichtbewusster Disziplin zu bekämpfen. Um der wirtschaftlichen Lage Deutschlands willen braucht der Krieg nicht einen Tag früher beendet zu werden, als die militärische und politische Lage den vollen Sieg verbietet.

Es will uns scheinen, als sei das Ergebnis der Beratungen des Hauptausschusses doch etwas mager ausgefallen, wenn es sonst nichts zuwege bringt als dies, etwas allzu allgemein gehaltenen Feststellungen des Grafen Helldorf. Die Kom. ist ohne jeglichen Vorbehalt darin zustimmend, daß in der Tat „die wichtigste innerpolitische Aufgabe“ die „gleichmäßige und gerechte Verteilung aller vorhandenen Vorräte“ ist, bloß muß hinzugefügt werden: Gerecht ist die Aufgabe nicht! Vom Reichstag erwartete man aber mehr als die Formulierung einer Forderung, die ja auch schon bekannt war, als er seine Beratungen begann. Man dachte sich nämlich, er würde auch etwas Entscheidendes tun zur Erfüllung der Forderung. Beschüsse, die darauf hingingen, hat jene Hauptausschußkommission ja auch genügend gefaßt, man wird nun abwarten müssen, ob er imstande ist, seinen Willen in die Tat umzusetzen.

Die Invalidenversicherung der Kriegsteilnehmer.

Das Reichsgesetz vom 20. Dezember 1915 enthält eine Bundesratsverordnung, die verschiedene Altersrenten festsetzt, unter denen die Kriegsteilnehmer in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung zu leiden hatten. Die Verordnung erweitert die Anrechnung der Militärdienstzeiten als Ver-

Kleines Genilleton.

Hindenburg gestrichen.

Der Schriftsteller Dr. Friedrich Adler (Wrag) schreibt der „Volksst.“: „Der Wiener Lustspielautor Karl Weis erzählt mir einmal eine hübsche Geschichte. Seine Tochter war — es spielt das schon vor zwanzig Jahren — ganz begeistert, als sie des Papas Namen im Konversationslexikon fand. Er aber sagte ihr: „Liebes Kind, drineinzukommen, das ist nicht so schwer. Aber drinbleiben, das kommt ein Rehrbaben und legt viele Namen weg. Drinbleiben, das entscheidet.“

Au diese Anekdote wurde ich in den letzten Tagen ganz zufällig erinnert. Ich wollte in dem Buche von Hermann A. v. Degener „Wer ist's?“ die Daten über Hindenburg nachschlagen. Nun weiß jeder Deutsche, wie verlässlich in den meisten Fällen dieses prächtige Werk ist. Aber siehe da, Hindenburg steht nicht drin, wenigstens nicht in der neuesten Auflage (7.) für 1914. Ich wußte jedoch gewiß, daß ich in einer der älteren Ausgaben unter dem Schlagwort „Benachdort“ Hindenburg gefunden hatte. Ich nahm die ältere Ausgabe zur Hand — richtig, alles da, ganz genau.

Was ist da geschehen? Der Rehrbabe hat den pensionierten General, der so gar nicht von sich reden machte, einfach weggewischt. Ist das nun nicht eine lustige Verspottung alles Ruhmes, der in den verschiedenen Verläis aufgetaucht ist? Gerade die Ausgabe 1914 hatte seinen Platz mehr für Hindenburg, just für Hindenburg. —

Die ersten Spuren der Entente.

In einer der letzten Nummern des Pariser „Matin“ veröffentlicht Gaston Thomas aus dem Nachlaß des Senators Arthur Ranc eine Reihe von Briefen, die Gambetta während der letzten Jahre an Ranc richtete. Unter diesen Briefen, die sich vielfach mit der inneren Politik Frankreichs beschäftigten, ist auch ein Schreiben aus der Zeit des Berliner Vertrages, als sich bereits die Umrisse eines deutsch-österreichi-

chen Bündnisses am politischen Horizont Europas abzeichneten. Als Gegengewicht gegen dieses Bündnis schlug Gambetta einen Zusammenschluß der Großmächte Europas. Vor allem Frankreichs, Englands und Russlands, vor, und er erachtete diesen Zusammenschluß für um so notwendiger, als sich nach seiner Überzeugung das deutsch-österreichische Bündnis durch den Beitritt der Türkei und Rumaniens erweitern werde. Er verhehlte sich dabei nicht, daß eine solche Mächtegruppierung zum Kriege führen werde, zu einem Kriege, vor dessen Folgen er erschau, und er schrieb an Ranc, daß auch der Prinz von Wales, der spätere König Eduard VII. von England, einen europäischen Krieg zwischen diesen beiden Mächtegruppen in naher oder entfernter Zukunft für unvermeidlich halte. „Der Prinz von Wales“, so heißt es wörtlich, „betrachtet ebenfalls den Frieden Europas für ernstlich bedroht. Er verwirft die Abweisung eines Teiles seiner Nation gegen Russland und widersteht sich mit jugendlicher Kraft allen Maßnahmen der englischen Politik, die für Russland nachteilig werden könnten. Statt der Bewunderung, die so viele seiner Landsleute für den Kaiser hegen, ist er eher mit Abneigung gegen ihn erfüllt, da sich der Prinz, den ich für einen großen Politiker halte, von dem Selbstbewußtsein des Kaisers abgespalten fühlt. Ich hoffe, daß einst unsere Feinde auch die Feinde Russlands sein werden. Es ist klar, daß Bismarck auf ein Bündnis mit Österreich hingearbeitet, und Russland muß daher einsehen, daß wir in dem bevorstehenden Kampfe seine besten Bundesgenossen sind. Eine enge Verbindung besteht in Frankreich zwischen innerer und äußerer Politik. Seit der Revolution ist unser Land einen großen Einfluß in Europa aus, und ich glaube, daß der Zeitpunkt, in dem Russland und England unsere Verbündeten sein werden, nicht mehr fern ist, wenn wir eine auch nur halbwegs vernünftige innere Politik verfolgen.“

Ein Rest der Gruppenche.

In der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift“ berichtet Fehling von dem Stamm der Toda in den Nilgärbirgen der indischen Präsidienstadt Madras. Sie haben sowohl wegen gewisser sozialer Einrichtungen wie wegen der zwischen ihnen und den

ihnen benachbarten Dravidianen bestehenden körperlichen Unterschiede die Aufmerksamkeit der Reisenden und Forscher auf sich gelenkt. Der fröhliche und ebensinnige Körperbau der Toda, besonders aber ihre hohe gerade oder etwas gebogene Nase, ihre relativ helle Hautfarbe und ihre topographischen Gewänder sind von einigen Reisenden als Anzeichen dafür angenommen worden, daß es sich hier um Nachkommen römischer Kolonisten handelt. Von anderer Seite wieder wurden die Toda als Reste der verloren gegangenen Dravidianen betrachtet. Doch sind die Toda vielmehr ein Zweig der Dravidarasse, die verschiedene lokale Varietäten aufweist. Bemerkenswert sind die Toda wegen der allgemein verbreiteten Kindererke wie auch der noch bestehenden Polyandrie (Vielmännerei). Wenn ein Mädchen mit einem Anaben verheiratet ist, so gilt sie zugleich als Gattin aller Brüder des Anaben. Bei der brüderlichen Polyandrie wird in der Regel der älteste der Brüder als Vater aller Kinder betrachtet, in anderen Fällen scheint einer der Ehegatten freiwillig die rechtliche Vaterkraft zu übernehmen. Zufügung wird die Polyandrie auf den Brauch der Tötung neugeborener Mädchen, der noch immer nicht ganz beseitigt ist. Weist wurde nur das ergebene Mädchen einer Familie am Leben gelassen, alle anderen ersticht. Die Leute selbst geben ihre frühere Armut als Ursache der Mädchenmord an, doch sind viele andere armen Völkern bekannt, die nie Kinder-mord begangen haben. Gegenwärtig sind die Toda verhältnismäßig wohlhabend; die Kinderzahl ist gering, und eine Volksvermehrung findet wohl nicht statt.

Was hier von den Toda geschildert wird, entspricht einer in alten Zeiten weiterverbreiteten Verwandtschaftsorganisation, einer besonderen Form der Gens. Morgan hat die Gens ausführlich geschildert, Cunnow hat in seinem Werk über die Verwandtschaftsorgane der Australier viel Neues darüber beigebracht. Tunalua, intimer Genosse, Sozias heißen bei manchen Stämmen die „Vielmänner“, danach wird diese Verwandtschaftsorganisation genannt.

Zeitraum und verlängert die Fristen für die Beitragsentrichtung, die eingehalten werden müssen, um die Rente zu erhalten.

Nach der Reichsversicherungsordnung selbst werden entsprechend dem § 1093 die Militärdienstzeiten nur dann als Beitragszeiten angerechnet, die vorher berufsmäßig nicht nur vorübergehend versicherungspflichtig beschäftigt gewesen sind. Damit sind alle die sich freiwillig selbst- und weiterverdienenden Personen (in der Hauptsache also die kleinen selbstständigen Gewerbetreibenden und die Angestellten mit mehr als 2000 Mark Jahresgehalt) von der Vergünstigung ausgeschlossen. Die Verordnung beseitigt diesen Mangel. Die während des gegenwärtigen Krieges in deutschen oder österreichisch-ungarischen Diensten zurückgelegten Militärdienstzeiten werden auch als Zeiten freiwilliger Versicherung angerechnet, ohne daß Beiträge entrichtet zu werden brauchen, und zwar wie allgemein üblich nach Lohnklasse II. Da die Verordnung mit Wirkung vom 1. August 1914 an in Kraft tritt, werden Beiträge, die in den ersten Jahren des Krieges entrichtet worden sind, zurückgefordert, wenn dies bis zum Schluß desjenigen Kalenderjahres beantragt wird, das dem Jahre folgt, in dem der Krieg beendet ist.

Nach den §§ 1442 und 1443 der Reichsversicherungsordnung sind Pflichtbeiträge umschiffbar, wenn sie nach Ablauf von zwei Jahren seit der Fälligkeit entrichtet werden. Freiwillige Beiträge dürfen für mehr als ein Jahr zurück nicht entrichtet werden, ebenso wenig nach Eintritt der Invalidität. Hier bestimmt nun die Verordnung, daß für Versicherte deutscher und österreichisch-ungarischer Staatsangehörigkeit Beiträge ebenfalls noch bis zum Schluß desjenigen Kalenderjahres nachentrichtet werden können, das dem Jahre folgt, in dem der Krieg beendet ist, wenn der Arbeitgeber oder der Versicherte infolge des Krieges an der rechtzeitigen Beitragsentrichtung verhindert war. Für freiwillige Beiträge, die beim Eintritt der Behinderung wirksam nachentrichtet werden konnten, gilt das nur in dem Umfang, in dem dies zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft unbedingt erforderlich ist. Bis zum Ablauf der angegebenen Frist können auch ohne Nachteil Cautionsarten umgetauscht werden, die länger als zwei Jahre laufen.

Anmeldung der Schulanfänger zu den städtischen Volksschulen. Die Eltern und Pfleger der am 1. April d. J. schulpflichtig werdenden Kinder, welche in die städtischen Volksschulen eintreten sollen, werden dringend ersucht, dieselben schon jetzt in der Schule ihres Bezirks anzumelden. Die Verpflichtung zum Schulbesuch beginnt am 1. April 1916 für diejenigen Kinder, die bis zum 31. März 1916 das sechste Lebensjahr vollendet haben. Außerdem können nur solche Kinder aufgenommen werden, die genügende körperliche und geistige Entwicklung aufweisen und bis zum 30. September 1916 das sechste Lebensjahr zurücklegen. Es sind anzumelden: 1. in der Schule am Gutenbergplatz die Kinder des südlichen Stadtteils. Die Grenze dieses Stadtteils läuft mitten durch die Schiersteiner Straße, den Kaiser-Friedrich-Ring, die untere Dohmeier, Schwalbacher, die untere Rheinstraße und die Nikolaistraße; 2. in der Schule an der Vorher Straße die Kinder des südwestlichen Stadtteils, begrenzt durch Schiersteiner Straße, Kaiser-Friedrich-Ring, Dohmeier- und Klarenthaler Straße; 3. in der Schule am Blücherplatz die Knaben und in der Schule an der Bleichstraße die Mädchen des westlichen Stadtviertels. Die Grenze dieses Bezirks läuft mitten durch die Klarenthaler, Dohmeier-, Sellmund-, hintere Wellrich-, Seeroben- und Karstraße; 4. in der Schule an der Kattellstraße die Kinder, welche nördlich der Kar- und Seerobenstraße, nördlich der hinteren Wellrichstraße, in der oberen Balkenstraße, nördlich der Emser Straße, Schwalbacher Straße 83 bis Ende, Adlerstraße 43 bis 71 und 44-62 und in der Kellerstraße wohnen, ferner die Mädchen aus Schachtstraße 1-27, Adlerstraße 1-42, Römerberg 21-39 und 24-39, Adlerstraße 1-14 und der Feldstraße; 5. in der Schule an der Vehrstraße die Kinder aus der Sonnenberger Straße, Weberstraße, Schachtstraße 29-33, 28-30, Römerberg 1-19, 2-22, Steingasse, Röderstraße 15-41, 16-36, der Weillstraße, Strittstraße, den Kerotal und dem ganzen weiter nach Nordosten gelegenen Stadtteil; außerdem die Knaben aus der Feldstraße, der Röderstraße, dem Römerberg, der Schachtstraße und der mittleren Adlerstraße 1-42; 6. in dem Schulhause Schulberg 12 die Kinder, welche östlich der Schwalbacher Straße, nördlich der Rhein- und Frankfurter Straße, und südlich der Sonnenberger Straße, der Weber- und Schachtstraße wohnen. Außerdem umfasst dieser Schulbezirk den Teil des Wellrichviertels, der von der Emser-, Sellmund-, Bleich- und Schwalbacher Straße eingeschlossen wird; 7. in der Schule an der Mainzer Landstraße endlich die Kinder, die im südlichen Stadtteil zwischen der Frankfurter Straße, der Leisingstraße und der Linie der Rheinbahn wohnen. Die Anmeldungen nehmen entgegen: Für die Knaben Volksschule am Gutenbergplatz: Herr Rektor Jung, zurzeit Volksschule am Schulberg, 1. Stod. Für die Mädchen Volksschule am Gutenbergplatz: Herr Rektor Rosenfranz, zurzeit Volksschule an der Bleichstraße, Erdersdorf, Zimmer 4. Für die Knaben Volksschule an der Vorher Straße: Herr Rektor Bömmes, zurzeit Mittelschule an der Blumenhalstraße, 1. Stod. Für die Mädchen Volksschule an der Vorher Straße: Herr Rektor Voh, zurzeit Mittelschule an der Luisenstraße, Zimmer 9. Für die Volksschule am Blücherplatz: Herr Rektor Gros, zurzeit Volksschule an der Vahrstraße. Für die Volksschule an der Austellstraße: Herr Rektor Würsdörfer, an der Vehrstraße: Herr Rektor Jäger, am Schulberg: Herr Lehrer Hofeins, in ihren Amtszimmern. Für die Volksschule an der Mainzer Landstraße erfolgen die Anmeldungen am Samstag den 15. Januar, vormittags von 11 bis 12 Uhr, in der Schule bei Herrn Lehrer Kaiser. Bei der Anmeldung ist der Geburts-, Tauf- und Taufschein vorzulegen.

Arbeitsamt. Bei der Vermittlungsstelle standen im Monat Dezember in der Abteilung für Frauen 469 Arbeitsgesuche 428 Angeboten von Stellen gegenüber, von denen 317 besetzt wurden. Für die gemeinnützige Betriebswerkstätte für Seereslieferungen meldeten sich 85 neue Arbeitsuchende; 48 konnten im Laufe des Monats eingestellt werden. Der Abteilung für das Gastwirtschaftsgewerbe waren 451 Arbeitsgesuche, darunter 149 von weiblichen, zugegangen, denen 446 offene Stellen, darunter 128 für weibliche, gegenüberstanden; von denselben wurden 409, darunter 122 durch weibliche, besetzt. In der Abteilung für Männer lagen 296 Arbeitsgesuche vor, 557 Stellen waren gemeldet und 519 wurden besetzt. Der Teil der offenen Stellen wurde durch Zuweisung von Kriegsgefangenen erledigt. Bei der Fachabteilung für das Maler-, Lackier- und Weißbindergerwerbe gingen 5 Arbeitsgesuche ein. Offene Stellen wurden 4 gemeldet und 4 wurden besetzt. Bei dem Stellennachweis für kaufmännische Angestellte meldeten sich 38 männliche und 28 weibliche Stellensuchende; offene Stellen wurden 37 für männliche und 35 für weibliche Personal gemeldet. Besetzt wurden 27 durch männliche und 29 durch weibliche Stellensuchende. Bei der Vermittlungsstelle für Kriegsbeschädigte meldeten sich im Laufe des Monats 49

Kriegsbeschädigte, 20 offene Stellen wurden gemeldet und 25 wurden besetzt. Insgesamt waren im Monat Dezember 1915 (im Vorjahre 1735) Arbeitsgesuche und 1575 (1469) Angebote angemeldet; besetzt wurden 1378 (1274) Stellen. In der Schreibstube für Stellenlose der schreibgewandten Berufe wurden 34 Aufträge erledigt und 8 Stellenlose wurden durchschnittlich beschäftigt.

Kleinverkaufspreise.

die nach der heutigen Marktlage im Sinne von Ziffer 3 der Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos 18. Armeekorps vom 20. Juli 1915 für mittlere bis gute Ware als angemessen gelten. Für Milchbeet, Treibhaus- und Stallermore sind die Preise nicht maßgebend. Kartoffeln und Gemüse: das Pfund: Weißkartoffeln 4 Pf., Weißbrot 6-8 Pf., Weizen 9-12 Pf., Roggen 12-14 Pf., (Goldbrot) das Stück 55-60 Pf., Rosenkohl 35-40 Pf., Winterkohl (Blaukraut) 12-15 Pf., Kohlrabi (herblich) das Stück 5 bis 8 Pf., Grünkohl (Stedrich) das Pfund 5-8 Pf., Spinat 15 bis 18 Pf., Rote Rüben 10-12 Pf., Karotten 15-18 Pf., rote Rüben 10-15 Pf., Weiße Rüben 4-10 Pf., Schwarzwurzeln 35 bis 40 Pf., Knoblauch das Stück 6-10 Pf., Osterlilie das Stück 10-15 Pf., Weißsalat 20-35 Pf., Spinat 15-20 Pf., Blumenkohl 50-80 Pf. Obst: das Pfund: Äpfel, bessere Sorte 25 Pf., Äpfel mittlere Sorte 12 Pf., Äpfel 10 Pf., Äpfel, bessere Sorte 25 Pf., mittlere Sorte 12 Pf., Äpfel 10 Pf., Walnüsse 70 Pf., Kastanien 35 Pf. Sonstige Waren: Honig, das Stück 8-10 Pf. Wiesbaden, den 7. Januar 1916.

Städt. Marktwirtschaft.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Weden i. L., 7. Jan. (Eine Gemeinderatswahl) fand am vergangenen Mittwoch statt, in der H. A. Wilhelm wieder gewählt und an Stelle des H. Ferd. Schneider Herr S. Bieder neu gewählt wurde. Von besonderer Bedeutung ist diese Wahl für die in diese Periode fallende Wahl des Bürgermeisters. Die städtische Bevölkerung fühlt sich während des Krieges sehr benachteiligt; sie sucht die Ursache in der zu schwachen Vertretung im Gemeinderat. Denn in den einzelnen Körperschaften, wo eigentlich der Ort der Kritik ist, da setzen sich die Herren Bausmann und Kneipert hin und sagen mit frommem Augenaufschlag zu allem Ja und Amen. Es wärte geradezu abstoßend, wie der Vertreter Ph. Bausmann für seinen neuen Kandidaten jeden einzelnen vor dem Wahllokal zu beeinflussen suchte. Es liegt nunmehr an der Arbeiterklasse, bei der nächsten Vertreterwahl diesem Hintertum-Politiker gründlich auf die Finger zu klopfen.

Weden i. L., 7. Jan. (Aus der Gemeinde.) Als vor kurzem in einer Vertreterversammlung Gemeinderat und Gemeindevorstand um Gehaltssteigerung eintraten, wurde die Vertretung laut, daß dann wohl hinterher auch noch der Bürgermeister käme. Doch dieser wachte ab und jertzte die Besendeten. Doch bei näherem Zusehen wird schon Jutlage gewahrt, allerdings in anderer Form. Als durch den Krieg die Arbeit sich mehrte, mußte zur Vermarktung eine große Anzahl von Menschen herangezogen werden. Für diese zahlte man anstandslos (kaum eine Stunde pro Tag) so wenig, wie jeder Vertreter einmal in der Woche diese Beschäftigten ehrenamtlich ausführen, so läme jeder einmal vierteljährlich an die Reihe; das wäre sicher keine übergroße Arbeit. Die Landwirte erklärten, im Sommer haben wir keine Zeit. Und H. Ph. Bausmann, Stadtrat und Landwirt, erklärte dem Schreiber dieses: „Für die Bauern braucht die Arbeit auch nicht umsonst zu machen“. Jedenfalls ist dies eine schöne Illustration zur Schreibung bei der Gemeinderatswahl. Aber auch auf andere Weise kommt noch eine Zulage für den Bürgermeister heraus. Bei der Anstellung wurde vereinbart, einen eoz. Stellvertreter selbst zu bezahlen, wenn sein körperliches Leiden sich vertieft und eine Vertretung erforderlich wird. Während des Krieges ließ der Bürgermeister sich diese Ausgaben extra bewilligen. Wie oft muß man hören, daß kein Geld da ist für Unterhaltungsbedürfnisse und dergl. In Weden wird geklopft am unrichtigen Fleck!

Aus den umliegenden Kreisen.

Burgfriedliches aus den höchsten Farbwerken.

Man schreibt uns: Für gewöhnlich haben ja die kapitalistischen Geschäfte nichts mit dem lieben Herrgott zu tun, und die leitenden Männer kapitalistischer Betriebe würden sich energisch dagegen verweigern, die Höhe der Dividende, nach der sich ihre Lohntun richten, der göttlichen Einwirkung und nicht ihrer Tüchtigkeit zuzuschreiben. Doch kommt es hier und da vor, daß man sich auf die göttliche Weisheit beruft, die alles so tiefinnig angeordnet hat, daß jede Lebensbedeutung ihren Mann, und jeder Mann im Leben finden soll, was er braucht. Und die Absicht ist dabei, den Arbeitern den Frieden mit den Arbeitgebern zu predigen, sie von „maßlosen“ Forderungen abzuhalten und ihnen das köstliche Gut der Zufriedenheit zu beschaffen; was sich in der heutigen Zeitläufe ausdrückt in der Predigt des Burgfriedens zwischen Kapital und Arbeit auch über die Zeit des Krieges hinaus als göttgewollter vaterländischer Willkür.

Dieses Ziel streben auch die höchsten Farbwerke an; sie haben an ihre Arbeiter 5000 Exemplare einer Schrift verteilt, die heißt „Die Arbeiterfrage nach dem Kriege“. Worte der Gemütsberuhigung und der Verständigung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Herausgegeben von Professor J. S. Schick, Prälat (Acht, 1915). Es lohnt sich, kurz zu skizzieren, wie sich die Dinge in dem Kopfe des Herausgebers malen, dem — wie er selbst sagt — fogar ein Wohltäter die Kosten für sein Begräbnis sicher stellte, da er bisher keine irdischen Schätze sich sparen konnte und arm sterben wird. Der Herr Prälat schreibt also:

Die Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber müssen sich als Friedensmittel betrachten! In dieser wahren Erkenntnis führt uns der Weltkrieg, in dem der Allmächtige „das Angesicht des Erdkreises erneuert“ und „die Lebermühtigen vom Thron stürzt und die Demütigen erhebt“, in dem durch alle Phrasen und Vorurteile der Klassenfeindschaft ein dicker Strich gemacht wurde und in dem sich auch der Kapitalismus als viel besser erweisen hat, als er manchmal geschildert wurde: Er hat doch den Krieg finanziert und von den Kriegsgewinnen, die außerdem in den riesigen Kriegsanleihen auf längere Dauer festgelegt sind, darf man sich ja keine übertriebenen Vorstellungen machen! Darum ist jetzt Wohlhalten im Fördern und Bewilligen der Weisheit höchster Schlus, zumal es doch jenseitig ist, daß die Arbeitgeber jetzt wirklich nicht imstande wären, über das äußerste Notwendige hinauszugehen; außerdem wird sich die Arbeiterklasse bewußt halten, daß sie nicht für ihre Treue im Krieg den Arbeitgebern bezug, dem Reich in freier Weise die Rechnung präsentieren kann. Leider sind ja noch nicht alle Gewerkschaften von dem oben Gesagten der Klassenfeindschaft abgerückt, aber den leitenden Stellen größtenteils Arbeiterorganisationen ist die Behauptung von der Feindschaft (doch wohl gegen das Kapital, Med. d. „Volksst.“) der Arbeiter längst eine Säge, und in 65 von 100 Fällen darf jeder Arbeiter sicher sein,

daß man in der Herrenvilla, am Ministertisch und im Schloß nicht nur ein warmes Herz für die Arbeiterschaft hat, sondern auch den feiten Willen, bis an die Grenzen des Möglichen hinein zu helfen.

Wir müssen uns klar sein, daß die Grundinteressen der Arbeiter und der Industriellen einander nicht entgegengesetzt sind, sondern parallel laufen. Leider wird das in weiten Kreisen der Arbeiterschaft verkannt und nicht eingesehen, daß, um eine ideale Höhe der deutschen Industrie zu gewinnen, Kriesskapitalien notwendig sind, die aus der Industrie selbst herausgewirtschaftet werden müssen. Andererseits bedarf es, auch im Interesse der Unternehmer, einer gerechten Zufriedenstellung der Arbeiter; daß darnach getrachtet wird, denen die hohen Löhne (bis zu 6 Mark den Tag) der Frauen, denen es vergönnt ist, in der Kriegsindustrie zu arbeiten; nur müssen sie mit Beendigung des Krieges wieder zurücktreten und sollen nicht aus Eucht reich zu werden (!), weiter arbeiten wollen, zumal die kommende Zeit die wichtigsten und erhabensten Anforderungen an ihren gottgewollten Beruf stellen wird.

Auch für die Zeit nach dem Krieg muß die Arbeiterschaft in ihren Ansprüchen vernünftiges Maß halten; viel hängt ja natürlich von den Kriegsschädigungen an Land und Geld ab, aber auch der glückliche Friede wird die kommenden unglückliche Allgemeinsage nicht beseitigen können. Zu weit gesteckte Forderungen an Industrie und Staatskasse würden beide ruinieren; das Mögliche wird auch ohne Forderung gewährt, und es wird nur Sache der Klugheit und Gerechtigkeit deutschen Arbeiter sein, sich nicht von unverantwortlichen Menschen irreleiten zu lassen.

Somit der Herr Prälat! Und nur so viel zur Kritik: Würde nicht ein Prälat als Herausgeber der Schrift genannt sein, so würde man annehmen, der gelbe General Rabius hätte sie verfaßt. Die Tatsache aber, daß ein Prälat sie geschrieben hat, wird dem denkenden Arbeiter nach mancherlei Richtung genug zu sagen haben. Im übrigen aber meinen wir: der Zwang des Burgfriedens, der die Arbeiter nach Ansicht führender Kreise heute hindert, sich mit dem Kapital auseinanderzusetzen, und gegen andersgerichtete Organisationen und gegen Ansichten, wie sie in der vorliegenden Schrift ausgesprochen sind, einen prinzipiell-theoretischen Kampf zu führen, müßte auch Geltung haben für die Leitung der kapitalistischen Betriebe. Und das würde auf unsere Hall angewandt bedeuten, daß unter dem Zeichen des Burgfriedenszwanges die Leitung der höchsten Farbwerke es hätte unterlassen müssen, ein derartiges Nachwerk zur Propaganda „wirtschaftsfriedlicher“ Anschauungen zu verbreiten. Entweder gleicher Burgfriedenszwang für beide Teile! Oder aber, was uns natürlich viel lieber wäre: Gleiche Meinungs- und Kampfesfreiheit!

Offenbach, 8. Juni. (Ein Schwindler in Uniform.) Hier ist es einem bis jetzt noch nicht ermittelten Unbekannten gelungen, sämtliche Bezirke der hiesigen Kriegsfürsorge hereinzuliegen. Er stellte sich in der selbstgekauften Uniform in allen Bezirken als ein Offenbacher Kriegsteilnehmer vor, der eben erst aus dem Felde gekommen sei. In jedem Bezirk gab er seine Wohnung als zu diesem Bezirk gehörig an. Anstandslos wurde ihm in jedem Bezirk der übliche Arbeitsnachweis ausgestellt und Naturalien, besonders Kartoffeln, ausgeteilt. Nur in einem einzigen Bezirk der Schwindler etwa 100 Mark in bar und für etwa 60 Mark.

Weslar, 7. Jan. (Bergmannsloos.) Auf der Wiesener Grube geriet der 60jährige Arbeiter Friedebach unter einen zusammenstürzenden Schladenberg. Er konnte nur als Leiche geborgen werden.

Aus Frankfurt a. M.

Aus dem Schlaraffenreich. Einen ungelungenen Zug in unsere Vereinsmeierei, dem es nicht an einem Stich ins Konische gebricht, bilden die Schlaraffen. Die Herrschaften rekrutieren sich aus den „besseren“ Kreisen, illustrieren sich „Mitter“ und haben als Schlaraffen besondere Namen. Das Vereinslokal ist die „Burg“. Der Rutterverein hat seinen Sitz in Prag; es ist die „Allmutter Praga“. Auf ihr Panier haben die Schlaraffen „Freundschaft, Optimismus und Kunst“ geschrieben. Einleitend über fittliche Verhältnisse im Vereinsleben usw. Wie es sich für eine vornehmte Gesellschaft eignet, enthält das „Wespuch“ der Schlaraffen, der sogenannte „Spiegel“. In der Frankfurter „Burg“ trauete es eines Tages „Freundschaft und Humor waren dahin, und Allmutter Praga verfiel mir in den Haapt. Schuld aber, daß es so kam, war die „Kunst“, die im Verein erlernt wurde. Der Ritter Rübzahl, im gewöhnlichen Leben ein Schuldirektor, der erst vor vier Jahren, als er schon 66 Jahre zählte, auf den Einfall gekommen war, Schlaraffe zu werden, nahm Aergernis an den künstlerischen Darbietungen in einer Vereinsversammlung und spielte den Rönker. Den an Lebensjahren jüngeren, als Schlaraffen oder älteren Rittern war der alte Knabe lästig; sie schalteten ihn „Stänker“, „Heber“, „seniler Affe“, „Mummelgans“ und expedierten ihn zum Verein hinaus. Gegen seinen Ausbruch legte Ritter Rübzahl Verurteilung auf die Allmutter Praga ein, und wegen der beleidigenden Ausdrücke erhob er Privatklage. Und so füllten denn auf einmal leuter Ritter den Schöffengerichtssaal. Da sah man die Ritter Sarastro vom Tiefen Dach, Rigo, Barde Nephris, Bullenbeiser, Aurocola, Ulmenreich, und wie sie alle heißen, entweder als Anwesende oder auf dem Bezeugenstand. Ritter Rübzahl beschwerte sich besonders auch darüber, daß ein Ritter, hinter dem sich ein Professor verbirgt, beantragt hatte, ihn zum Hofnarren zu ernennen, eine Charge, die es tatsächlich im Schlaraffenreich gibt, zu der man aber nicht gerade den Ritter mit den gezeichneten Ohren zu verurteilen braucht. Auch sonst planfachte Ritter Rübzahl manches aus, was besser in der „Burg“ verschluckt geblieben wäre, z. B. daß die Ritterschaft mit 2000 Mark Vereinsbeiträgen im nächsten Jahr sei und daß ein reicher Ritter dem Schlaraffenreich den Rücken gekehrt habe, weil er von seinen Mitrittern zu freitig angepöppelt worden sei. Rater Rübker, unser alter Rat, behandelte die eben Ritter ganz wie gewöhnliche Sterbliche und verhängte in der ersten Lage — es waren drei Klagen — Geldstrafen von 5 Mark. Zum Schluß aber bekannten sich die Parteien wieder auf das Panier der Freundschaft und verglichen sich in allen drei Klagen. Nun hat noch Ritter Praga das Wort.

Vereine und Versammlungen.

Wiesbaden. Freie Turnerschaft. Sonntag nachmittags 2 Uhr. Generalversammlung im Gewerkschaftshaus.

Wiesbadener Theater.

Residenz-Theater.

Samstag, 8. Jan., 7 Uhr (Neubelt): „Wo die Schwalben nisten.“ Sonntag, 9. Jan., 14 Uhr: „Die Schöne vom Strande“. Halbe Preise. — 15 Uhr: „Wo die Schwalben nisten.“ Montag, 10. Jan., 8 Uhr: Vierterabend (Kammerfängerin No. 1 und Kammerfänger Wolf). Dienstag, 11. Jan., 7 Uhr: „Die selige Erzählung“. Mittwoch, 12. Jan., 7 Uhr: „Wo die Schwalben nisten.“ Donnerstag, 13. Jan., 7 Uhr: „Die selige Erzählung“. Freitag, 14. Jan., 7 Uhr: „Wo die Schwalben nisten.“ Samstag, 15. Jan., 7 Uhr (Neubelt): „Jahrmärkte in Fals“. Sonntag, 16. Jan., 14 Uhr: „Ein toller Einfall“. Halbe Preise. — 7 Uhr: „Jahrmärkte in Falsch“.